

grüne welle

Die Grünen im Norden



**VERKEHRSWENDE
AUF DIE PLÄTZE,
FERTIG, LOS!**





Liebe Freundinnen und Freunde,

hier ist sie, die GRÜNE WELLE im neuen Gewand. Wir haben unserem Magazin eine Erfrischungskur verpasst, nachdem klar war, dass viele unserer Mitglieder auf die gedruckte Mitteilung weiterhin großen Wert legen. Also berichten wir gern weiter über die Arbeit

Interview mit Robert Habeck:

„WÄSCHEAUFHÄNGEN IST AUCH HEIMAT“

Robert Habeck will Spitzenkandidat werden zur Bundestagswahl 2017. Und das will sein Landesverband auch.

Robert wollte ein klares Votum für seine Pläne und das haben ihm die Delegierten des Landesparteitages am 24. April 2016 in Neumünster mit über 80% Zustimmung gegeben. Im Herbst wird Robert zur Urwahl antreten, in der bundesweit über 60.000 Mitglieder über die SpitzenkandidatInnen zur Bundestagswahl entscheiden.

GRÜNE WELLE: Du hast ein sattes Votum erreicht auf dem Parteitag. Dem Ausgang des Votums hast Du im Vorfeld viel Bedeutung zugemessen. Deine Rede war kämpferisch. Von Aufregung keine Spur. Warst Du nervös?

im Landesverband, aus unserer Landtagsfraktion und von unseren drei Bundestagsabgeordneten – aktuell, akzentuiert.

Das Schwerpunktthema in diesem Heft ist die Mobilität. Wir werfen einen Blick auf die zukünftigen Herausforderungen. Wie kann das gehen, sich fortbewegen in Zeiten hoher Ansprüche an den Klimaschutz? Es kann gelingen, wenn wir denn... aber lest selbst.

Auch unsere Partei ist mächtig in Bewegung, was die Vorbereitungen zum bevorstehenden Landtagswahlkampf im Frühjahr 2017 angeht. Der Programmprozess läuft, Eure Ideen sind gefragt.

Nicht der Rückwärtsgang sondern Fortschritt ist unsere Bewegung.

Eure Ruth

Robert Habeck: Nein, nervös war ich nicht. Aber die Debatte um die Doppelspitze im Landtagswahlkampf empfand ich über weite Strecken nicht als besonders glücklich. Und entsprechend war ich innerlich ganz schön abgekämpft.

GRÜNE WELLE: Wie wird das jetzt konkret aussehen? Wie bereitest Du Dich vor auf den „Urwahlkampf“?

Robert Habeck: Die erste Ansage an mich ist, mein Amt vernünftig und mit voller Konzentration weiter zu führen. Ich kandidiere ja auch, weil ich im Amt neuen politischen Idealismus gefunden habe und weil ich glaube, dass wir die Dinge in Schleswig-Holstein ganz gut hinbekommen. Da darf nichts anbrennen. Und dann gibt es eine Reihe von praktischen Sachen. Ich brauche `ne Homepage, ich muss am Wochenende reisen zu Landesparteitagen oder Sommerempfangen.

Und dann muss ich mich natürlich um die inhaltliche Vorbereitung der Urwahlforen kümmern.

GRÜNE WELLE: Wie bekommst Du das geregelt? Als Minister hast Du alle Hände voll zu tun. Wie schaffst Du das alles zeitlich?

Robert Habeck: Im Moment ist Zeit tatsächlich das Hauptproblem, die Abende werden länger. Ich kann aber gut morgens arbeiten und stehe einfach früher auf. Und ich hab mir vorgenommen, keinen Alkohol mehr zu trinken – bis September 2017. Das hilft beim frühen Aufstehen.

GRÜNE WELLE: Wie können wir Dich aus dem Norden unterstützen?

Robert Habeck: Erstmal ist mir wichtig, dass sich niemand in die Pflicht genommen fühlt. Cem und Toni

sind feine Kandidaten und jede und jeder soll wissen, dass ich mit allen gut und freundschaftlich weiterarbeiten will, egal ob sie mich wählen oder nicht. Aber wer möchte, kann ja auch außerhalb von Schleswig-Holstein erzählen, was wir hier so machen.

GRÜNE WELLE: Du lebst mit Deiner Familie in Flensburg. Wirst Du im Januar 2017 nach Berlin ziehen?

Robert Habeck: Sollte das klappen mit der Spitzenkandidatur, werde ich wohl eine Wohnung brauchen. Zum Pendeln ist es etwas weit. Aber ich werde auf jeden Fall Schleswig-Holsteiner bleiben und wir hier unsere Homepage behalten.

GRÜNE WELLE: Für Deine Reise nach Berlin hast auf dem Parteitag einen Seesack überreicht bekommen. Was wirst Du mitnehmen aus dem Norden?

Robert Habeck: Den nehme ich, um dreckige Wäsche von Berlin nach Flensburg zu transportieren. Dann spar ich mir eine zweite Waschmaschine und kann die Wäsche im Garten aufhängen. Wäscheaufhängen ist auch Heimat.

Robert:

- geboren 1969 in Lübeck
- 1996 Magister, 2000 Doktor der Philosophie
- seit 1996 Zusammenarbeit mit seiner Frau Andrea Paluch als freie Schriftsteller
- 2002 Eintritt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kreisvorsitzender Kreisverband Schleswig-Flensburg (bis 2004)
- 2004 – 2009 Landesvorsitzender
- 2009 – 2012 Fraktionsvorsitzender im Schleswig-Holsteinischen Landtag
- Seit 2012 Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume, sv. Ministerpräsident Schleswig-Holstein
- April 2016: Votum seines Landesverbandes für Spitzenkandidatur Urwahl zur Bundestagswahl 2017

Mehr:

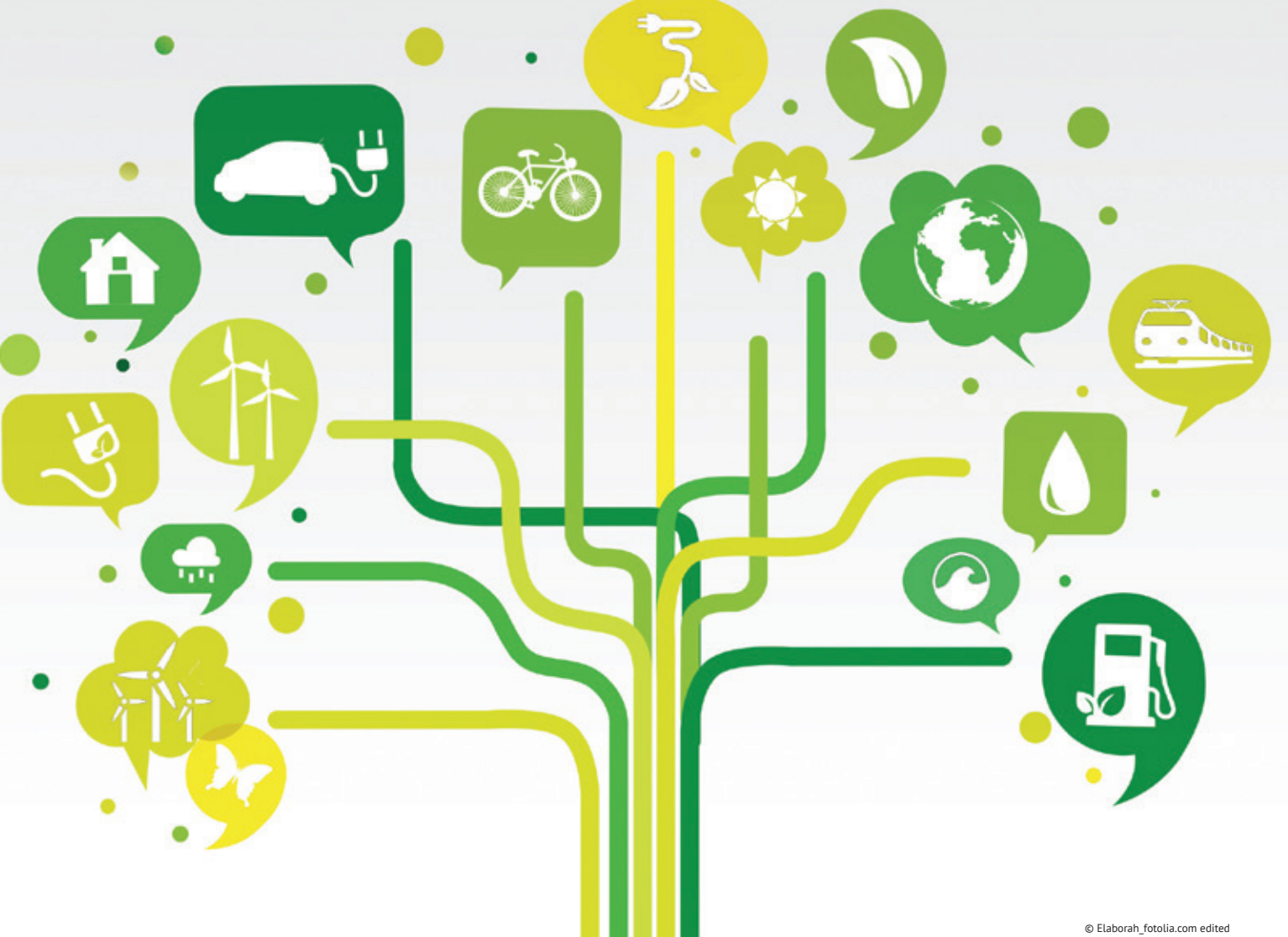
- Roberts Bewerbungsrede auf youtube: [gruenlink.de/15u5](https://www.youtube.com/watch?v=gruenlink.de/15u5)

Wichtige Termine zur Urwahl:

- September 2016: Start Urwahlkampf
- Mitte Oktober 2016: Bewerbungsschluss KandidatInnen
- 4.11.2016: Stichtag zur Ermittlung der stimmberechtigten Mitglieder für Urwahl
- 11.-13.11.2016: Bundesdelegiertenkonferenz Münster
- 2.12.: Urwahlforum in Schleswig-Holstein
- Anfang Dezember: Verschickung Wahlunterlagen
- Januar 2017: Ergebnis Urwahl

April-Parteitag: Robert erhält vom Landesvorstand einen Seesack überreicht - für die Reise nach Berlin





© Elaborah_fotolia.com edited

INTELLIGENT VERNETZT – MIT DEM SMARTPHONE AUF ACHSE

Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Ohne Mobilität keine Teilhabe.

Von Ruth Kastner

Mehr als zwei Millionen Menschen in Schleswig-Holstein haben sehr unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse. Die einen müssen zur Schule oder zur Arbeit, die anderen zum Einkaufen oder ins Theater. Es sind sehr unterschiedliche Personengruppen, die sich fortbewegen wollen: Kinder, Jugendliche, Ältere, Behinderte. Sie leben in urbanen Zentren oder im ländlichen Raum. Für sie alle soll und muss Mobilität möglich und bezahlbar sein. Gefragt sind also vielfältige Lösungen.

Die GRÜNE Antwort darauf: multimodale, vernetzte Mobilität und ein gestärkter ÖPNV. Ein erster Schritt dahin ist die Gründung des Umweltverbunds nah.sh im November 2014. Er soll zunächst die Zug-, Bus- und Radverkehre enger zusammenführen. Nah.sh ist eine Initiative von uns GRÜNEN.

GRÜNE Mobilitätspolitik denkt den Klimaschutz immer mit. Für uns gehören Energiewende und Verkehrswende zusammen. Wir brauchen CO₂-freie Antriebe. Wir müssen Ressourcen schonen und den Flächenverbrauch reduzieren, die Menschen vor Lärm und Abgasen schützen. Noch immer verursacht der Verkehrsbereich rund 25% unserer CO₂-Emissionen. Wenn wir die Klimaziele von Paris erreichen wollen, dann braucht es eine radikale Umkehr.

Der Weg in eine zukunftsfähige Mobilität geht über die Elektrifizierung der Verkehrsmittel und den Ausbau vernetzter Angebote. Wir brauchen die intelligente Verbindung vorhandener Verkehrsträger miteinander unter Zuhilfenahme neuer innovativer Technologien. Nicht nur Bus, Bahn und Auto sind gemeint, es geht auch um attraktive Bedingungen für Fahrradfahrer und Fußgänger.

„Starke Linien, flexible Bedienung vor Ort“ - dieses zukunftsweisende Konzept haben wir auf dem Landesparteitag 2015 in Lübeck verabschiedet. „Starke Linien sind die Hauptachsen in SH für Züge und Schnellbusse. Flexible Bedienung brauchen wir gerade im ländlichen Raum, um diese gut zu erreichen.“ Einen Grünen Masterplan zur Elektrifizierung von Bahnstrecken haben wir in Lübeck ebenfalls beschlossen.

Bei der Umsetzung stehen wir erst am Anfang. Die Informations- und Kommunikationstechnologien bieten ständig neue Optionen. Wir erleben in diesem Bereich eine ungeheure Dynamik. Internet und Smartphone, soziale Medien ermöglichen Flexibilität der Verkehrsmittelnutzung und Echtzeit-Informationen. Der Trend zum „Nutzen statt Besitzen“, neue Geschäftsmodelle, all das könnte in Zukunft die Wahlfreiheit für den Einzelnen ständig vergrößern. Wir werden multimodal im besten Sinne – sind auf vielfältige Art und Weise unterwegs. Das wird auch unser Verhalten verändern.

Um in SH mithalten zu können, müssen wir in neue Technologien investieren. Es gibt heute erst wenige Möglichkeiten in Echtzeit Informationen über Abfahrzeiten oder Verfügbarkeiten von Bus, Bahn oder Mitfahrgelegenheit zu erhalten. In den Kinderschuhen steckt ebenfalls noch der WLAN-Ausbau im ÖPNV. Auf den Straßen Schleswig-Holsteins fahren wir von Funkloch zu Funkloch.

Erforderlich ist der Aufbau einer Internet-Infrastruktur, für den ÖPNV und für die Straßen. Um dies planvoll umzusetzen, brauchen wir eine digitale Agenda. Datensicherheit und Datenschutz müssen in Abstimmung mit dem Unabhängigen Landesamt für Datenschutz (ULD) geklärt werden.

Im Rahmen unserer Zukunftswerkstatt haben wir beispielsweise das Pilotprojekt „Digitale B5“ entworfen. Aus Erhebungen wissen wir, dass entlang der B5 in Nordfriesland die meisten Menschen (80%) nur rund fünf Kilometer von der Bundesstraße entfernt leben. Wenn wir die B5 in den kommenden Jahren dreispurig ausbauen, dann sollten wir gleichzeitig auch die digitale Infrastruktur schaffen und damit die technischen Voraussetzungen für flexible Zubringerangebote und innovative Mobilitätsdienstleistungen.

So können neue Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten dabei helfen, eine bedürfnisgerechte Mobilität für alle zu organisieren. Neben der notwendigen technologischen Ausstattung braucht es dazu unterschiedlichste Verkehrsmittel. Diese sollten von der Bahn, von Busunternehmen, Mitfahrplattformen, Bürgerbussen, Auto- und Fahrradverleihern, Infrastrukturanbietern, Kommunen (sichere Straßen, Fuß- und Radwege) und vielen anderen angeboten und ihre Nutzung ermöglicht werden. Die reibungslose Organisation von Umstiegs- und Mitfahrgelegenheiten könnte langfristig dann sogar zu weniger Verkehr auf unseren Straßen führen.



ZEHN PERSÖNLICHE THESEN ZUR MOBILITÄT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Bernhard Wewers

1. Mobilität ist ein wichtiger und zunehmend entscheidender Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen.
2. Mobilität der Zukunft ist nicht (nur) die Reaktivierung von Bahnstrecken, sondern vielmehr das Netzwerk der Möglichkeiten. Sie ist nachhaltig, individuell, ökologisch und ressourcenoptimiert.
3. Die Digitalisierung verändert das Mobilitätsverhalten und die Anforderungen an die Mobilität schnell. Die Wahl der Verkehrsmittel wird künftig noch stärker als bisher situationsbezogen erfolgen. Das heißt: „Der“ typische Autofahrer und „die“ typische Bahnfahrerin werden künftig ersetzt durch Menschen, die bei jeder Fahrt abwägen, welches Verkehrsmittel das für diesen Fall Beste ist.
4. Die Menschen wollen alles – immer- einfach – billig.
5. Mobilität der Zukunft bedeutet also, dass es ein funktionierendes Netzwerk aller Verkehrsmittel geben muss.
6. Der Schlüssel für das Funktionieren dieses Netzwerkes ist Information: digital, vernetzt und mobil verfügbar.
7. Dem öffentlichen Verkehr mit Bahn und Bus kommt eine besondere Bedeutung zu. Öffentlicher Verkehr ist nicht nur eine klimafreundliche Mobilitätsvariante, sondern bietet Mobilität zum verhältnismäßig geringen Preis ohne Stau- und Parkplatzprobleme. Öffentlicher Verkehr bietet die Basis-Mobilität für Menschen ohne eigenes Auto.
8. Mobilität kennt keine Grenzen. Schleswig-Holstein und Hamburg und Teile von Dänemark, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind ein Verkehrsraum.
9. Für diese Region, die aus einer Metropolregion, kleineren Zentren und vielen ländlichen Räumen besteht, ist eine abgestimmte und differenzierte Verkehrsplanung sinnvoll und nötig.
10. Der öffentliche Nahverkehr wird künftig für die Mobilität im echten Norden eine noch größere Rolle spielen, wenn das Produkt auch künftig stimmt. Dazu gehören ein weiterentwickelter Schleswig-Holstein-Tarif, ein abgestimmtes Angebot von Bahn und Bus und anderen, ein einheitlicher Auftritt unter der Marke NAH.SH und die Kommunikation der besonderen Chancen des Nahverkehrs z.B. mit „Diese Zeit gehört Dir“ (DB AG) und „Da kannst du ganz in Ruhe ein paar Seiten lesen“ (NAH.SH).

Bernhard Wewers, Geschäftsführer der nah.sh GmbH. Gesellschafter der nah.sh sind das Land Schleswig-Holstein sowie die 15 Kreise und kreisfreien Städte. Wewers verantwortet mit seinem Team die Bestellung des Bahnverkehrs und überprüft die Leistungserbringung. Darüber hinaus koordiniert die nah.sh den übrigen ÖPNV landesweit und über die Landesgrenzen hinweg.



Anna Louisa Rogge, Beisitzern im GJ Landesvorstand und Lasse Petersdotter, Sprecher

Wie ist es als junger Mensch auf dem Land zu leben? Ich glaube, auf diese Frage hat mir noch nie jemand mit einem Lächeln geantwortet. Versteht mich nicht falsch, als Kind ist es super. Eine Menge Raum, ein Spielplatz im eigenen Garten, eine Menge Haustiere, Schlitten fahren auf der Koppel des Nachbarn und so laut sein wie man will, weil in direkter Umgebung kaum jemand lebt. Als Teenager sind die Prioritäten aber andere und dann ist das Landleben plötzlich nicht mehr so toll.

Bevor ich in die „Großstadt“ Kiel zog, lebte ich in einer kleinen Gemeinde in Rendsburg-Eckernförde. Keinem Dorf - nein - einer Gemeinde. Ich wuchs in der Pampa auf, keine Nachbarn, dafür aber eine Menge Schafe und Kühe. Die einzigen Gleichaltrigen waren meine drei Brüder; meine Eltern hatten mitgedacht.

Die nächste Stadt war, egal in welche Richtung, mindestens 15 Kilometer weit weg. Um zur weiterfüh-

renden Schule zu kommen, mussten wir zu Zeiten das Haus verlassen, da haben viele meiner Mitschüler*innen noch geschlafen. Unsere Bushaltestelle war zwei Kilometer entfernt. Das bedeutete, dass meine Eltern uns jeden Morgen hinfahren mussten. Und nichts ist besser als Eltern unter Zeitdruck am Frühstückstisch.

Und dann ist da noch der Rückweg. Je nachdem wie der eigene Stundenplan aussah, musste man entweder nach Unterrichtsschluss zum Bus sprinten, um den Anschlussbus am ZOB zu erreichen oder aber bis zu zwei Stunden warten. An der Haltestelle angekommen durfte ich dann immer noch einen Kilometer an der einspurigen Landstraße nach Hause laufen. Das war generell kein Problem, außer wenn der arktische Winter über Schleswig-Holstein eingefallen war. Einen Kilometer nach Hause rutschen ist zwar möglich, aber auch mit einem gewissen Risiko verbunden.

Das größte Problem war allerdings, dass es nahezu unmöglich war an dem aktiven Sozialleben

der Freunde in der Stadt teilzunehmen. Der Bus fuhr ungefähr alle zwei bis zweieinhalb Stunden. Und auch nur bis circa 21 Uhr. Danach hieß es Taxi fahren für 25 Euro oder aber den Vater aus dem Bett klingen und betteln abgeholt zu werden.

Selbst als Mensch mit Führerschein bedeutete das, entweder jeden Abend den nüchternen Fahrer zu spielen oder aber den mittlerweile auch volljährigen Bruder bestechen zu müssen. Es war fast unmöglich Hobbies in der Stadt zu haben und jeden Tag mussten meine Eltern, meist meine Mutter, mindestens einen von uns zu irgendeiner Nachmittagsaktivität fahren und uns auch wieder abholen. Ich hatte das große Glück, dass meine Familie diese Ressourcen hatte. Dass meine Eltern mich abholen, mir das Taxi bezahlen konnten, wenn ich sonst nicht nach Hause gekommen wäre. Aber ich weiß auch, dass nicht alle dieses Glück haben und dass sowohl mein Leben, als auch das meiner Eltern wesentlich einfacher gewesen wäre, wenn wir einen vernünftigen ÖPNV gehabt hätten.



DER GRÜNE NORDEN MACHT PROGRAMM

Ruth Kastner, Landesvorsitzende

Isabel Sadewasser, Landesgeschäftsführerin

Seit unserem Parteitag vom 24. April 2016 ist klar: Wir haben ein gemeinsames Ziel vor Augen: Den 7. Mai 2017, wenn in Schleswig-Holstein gewählt wird.

Wir wollen weiter regieren, denn GRÜN regiert gut: Mit unserem GRÜNEN Energiewendeminister haben wir den Ausbau der regenerativen Energien zügig voran gebracht: Schleswig-Holstein nimmt bundesweit den Spitzenplatz bei Versorgung mit Erneuerbaren Energien ein. Wir geben unsere Klimaschutzambitionen nicht auf. Haben in den kommenden zehn Jahren einen gewaltigen Transformationsprozess vor uns, denn wir müssen neben dem Stromsektor auch den Wärme- und Verkehrsbereich auf erneuerbare Energien umstellen. Dafür braucht es GRÜNE in der Regierung. Zudem: Kluge und solide Haushaltspolitik durch unsere GRÜNE Finanzministerin. Sie lässt uns auf Konsolidierungskurs bleiben, auch in Zeiten flüchtlingspolitischer Herausforderungen, und kräftiger Investitionen in Bildung, zudem in Integration und innere Sicherheit.

Erfolge wie die Einführung des Verbandsklagerechts für den Tierschutz, Wahlalter 16 bei Landtagswahlen und eine Kehrtwende in der Hochschulpolitik (von der Kürzung zu Investitionen) – all das sind GRÜNE Erfolge!

Wir haben viel erreicht und wollen noch mehr. Dafür gilt es jetzt die Weichen zu stellen.

Landesparteitag startet den Programmprozess:

Mit dem April-Parteitag haben wir den Programmprozess zur Landtagswahl gestartet. Neun Arbeitsgruppen (AG) erarbeiten die ersten Papiere für das Programm. Für jede Gruppe zeichnet sich eineR der Landesvorsitzenden verantwortlich. Die Koordination der Gruppen erfolgt durch eine AG-LeiterIn. Beteiligte in den Gruppen sind die zuständigen Landesarbeitsgemeinschaften, FachpolitikerInnen und die GRÜNE JUGEND. Bei Interesse an Mitarbeit sprechen gern die AG-LeiterIn an oder wendet euch über die Landesgeschäftsstelle an sie:

programm@sh-gruene.de

Unsere Programmgruppen:

1. Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung u.a.

AG-Leiterin: Marlies Fritzen/Arfst Wagner

2. Energiewende 4.0, Klimaschutzpolitik

AG-Leiterin: Ingrid Nestle/Ruth Kastner

3. Grüne Wirtschaft, Bauen, Mobilität u.a..

AG-Leiter: Andreas Tietze/Ruth Kastner

4. Soziales, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, Demografie u.a.

AG-Leiterin: Marret Bohn/Arfst Wagner

5. Migration, Integration, offene Gesellschaft, Europa

AG-Leiterin: Eka von Kalben/Arfst Wagner

6. Bildung, Wissenschaft, Forschung, Inklusion u.a.

AG-Leiterin Anke Erdmann/Arfst Wagner

7. Demokratie, Bürgerrechte, Queer u.a.

AG-Leiter: Burkhard Peters/Ruth Kastner

8. Finanzen, Finanzierung Kommunen, HSH,

Infrastrukturfinanzierung u.a.

AG-Leiter: Rasmus Andresen/Ruth Kastner

9. Digitalisierung – als Querschnittsthema

AG-Leiter: Jörg Nickel/Ruth Kastner

Einen vollständigen Überblick über sämtliche, den Arbeitsgruppen zugeordneten Themen findet ihr im Wurzelwerk auf unserer Schleswig-Holstein-Seite: wurzelwerk.gruene.de

Die weiteren Schritte im Programmprozess: In den Sommerferien wird eine vom Landesvorstand eingesetzte Schreibgruppe aus den verschiedenen Papieren der Arbeitsgruppen einen Programmentwurf verfassen.

Nach Abschluss dieses ersten Prozesses, also des gemeinschaftlichen Erarbeitens eines Entwurfs, wollen wir die Beteiligung noch breiter fassen: In drei Programmforen soll der Entwurf von den Mitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit beraten und diskutiert werden.

Unsere Programmforen*:

- Sa., 17. September, Lübeck
- Sa., 24. September, Rendsburg
- Sa., 8. Oktober, Itzehoe

(*Planungsstand bei Redaktionsschluss Anfang Mai 2016)

Erst die Inhalte, dann die Personen

Für uns GRÜNE gilt: Erst Inhalte, dann Personen. Nach den Programmforen im Spätsommer steht im Herbst die Beschlussfassung über das Programm auf dem November-Parteitag an (25.-27. November 2016). Die Wahl unserer KandidatInnen zur Landtagswahl wird auf dem Parteitag im Januar 2017 erfolgen (27.-29. Januar 2017).

Nominierung unserer Spitzenkandidatin im November

Unsere Spitzenkandidatin werden wir allerdings bereits auf dem November-Parteitag nominieren. So können wir rechtzeitig in die konkrete Kampagnenplanung einsteigen. Dass wir unseren Wahlkampf wieder auf eine Person zuspitzen wollen, die GRÜNE Inhalte medial transportiert, das hat der April-Parteitag beschlossen. Nach einer Ausnahmeregelung im Jahr 2012 mit Roberts Nominierung zum Spitzenkandidaten wird es für 2017 wieder – getreu GRÜNER Tradition – eine Frau sein, die an der Spitze steht.

Klar ist auch: Erfolgreich sind wir nur gemeinsam: Nur wenn wir bis in die Ortsverbände, mit der GRÜNEN JUGEND und weiteren befreundeten Aktiven Wahlkampf vor Ort machen, die Menschen gezielt auf unsere GRÜNEN Erfolge und Ziele ansprechen, werden wir ein starkes Ergebnis erzielen. Dafür legen wir die Grundlagen:

Fit für den Wahlkampf: Sommercamp Mitte Juli auf dem Koppelsberg

Inhalte, Wahlkampf praktisch, Öffentlichkeitsarbeit – zu diesen Oberthemen laden wir Wahlkampffaktive und –MultiplikatorInnen zu unserem Sommercamp ein: Freitag, 15. Juli bis So., 17. Juli 2016, Koppelsberg bei Plön. Für das Workshop-Wochenende ist die TeilnehmerInnenzahl begrenzt. Es bedarf einer Anmeldung und Zusage durch die Landesgeschäftsstelle.

Bei Interesse schickt uns eine Mail: sommercamp@sh-gruene.de

fördewind

Die Grüne Landtagsfraktion



Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Wahlkampfsaat wird und wurde in den letzten Monaten gesät. Immer häufiger gehen davon kleine Knospen auf. An einigen Stellen droht das stärkste Argument in den Hintergrund zu rücken, während die Personen sich bereits jetzt, zu Frühlingsbeginn, in voller Blüte präsentieren möchten. Solche Spielchen überlassen wir als Grüne Landtagsfraktion gerne der Opposition. Wir konzentrieren uns auf gute Politik für Schleswig-Holstein. Auch das letzte Jahr der 18. Legislaturperiode werden wir mit Grüner Politik füllen, die unser Land zukunftsfähig macht!

Der Geist, der die Zukunftswerkstatt beflügelt, treibt auch uns an als Fraktion für eine generationengerechte Politik. Es widerspricht dem Grünen Politikverständnis, Gestaltungsmöglichkeiten in Legislaturperioden gepresst zu denken. Unsere Politik soll über 2017 hinaus wirken. Darum ist es uns ein wichtiges Anliegen, mit einem breit aufgestellten Investitionsprogramm die richtigen Impulse für die Zukunft zu setzen.

Dieser Tage geht es bei uns in der Fraktion allerdings natürlich nicht nur um die Zukunft Schleswig-Holsteins, sondern auch um unsere ganz eigene Zukunft als Abgeordnete. Die Abstände zwischen den Fragen, ob man wieder bei der Listenaufstellung antreten werde, verdichten sich. Während sich einige bereits öffentlich und unmissverständlich positioniert haben, steht bei anderen eine endgültige Entscheidung noch aus. Aber bis zur Listenaufstellung wird noch viel Wasser die Förde heruntergeflossen sein. Unsere Priorität lautet heute: Politik gestalten!

Wir wollen durch gute Arbeit und solide Konzepte überzeugen, statt mit populistischen Schnellschüssen der nächsten Schlagzeile hinterherzulaufen. Für diesen Politikstil ist es aber unbedingt notwendig, dass wir in engem Austausch mit euch allen sind! Ihr seid unser heißer Draht in die Gesellschaft und bekommt als allererste mit, wenn vor Ort etwas falsch läuft. Es würde mich, ebenso wie alle anderen Abgeordneten, freuen, wenn wir diesen Austausch weiter intensivieren können. Wir wollen Politik auf die Straße tragen, ob bei Demonstrationen, oder am Stand!

Die ersten warmen Sonnenstrahlen streifen heute durch die Wiesen und Wälder Schleswig-Holsteins. Es wird Frühling. Wir können uns noch auf das ein oder andere politische Pflänzchen freuen, das im Laufe des Jahres erblühen wird. Wir freuen uns diesen Weg mit Euch zu gehen, durch alle Jahreszeiten!

Eure



DIE VISION NETZ25+

Von Andreas Tietze, Detlef Matthiessen, Bernd Voß, Holger Busche

Wir haben das Projekt Netz25+ als Strategie zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personenverkehrs gestartet. Es soll das landesweite Gerüst werden, an das sich regionale und lokale Verkehre sowie kommunale Initiativen anschließen lassen. Derzeit lassen wir gutachterlich die Grundannahmen von Netz25+ untersuchen. Zudem diskutieren wir Netz25+ mit unseren Kommunalverbänden.

Das Projekt Netz25+ besteht aus folgenden vier Kernpunkten:

1. Fahrscheinlose Mobilität

Im Mittelpunkt stehen für uns die Menschen und ihre Bedürfnisse, bestimmte Ziele und Orte zu erreichen. Die soziale Frage der Mobilität wird angesichts steigender Armut immer größerer Bevölkerungsgruppen zunehmend wichtig. Damit sich alle mit öffentlichen Verkehrsmitteln frei bewegen können, müssen diese auch bezahlbar sein. Wir brauchen für den Alltag eine Art „bedingungslose Grundmobilität“.

Diese spannende Vision für die Zukunft kann auch in Teilschritten erreicht werden. Semester- und Firmentickets als Umlagefinanzierung sind mancherorts schon lange Realität. Warum nicht auch landesweit für alle Hochschulen und Betriebe? Wie wäre es mit einem Nulltarif für Kinder? Wie wertvoll wäre es für unsere Tourismuswirtschaft, wenn man zumindest außerhalb der Pendlerspitzen kostenlos in unsere Erholungszentren kommt?

Für uns ist die Diskussion um die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs ein zentraler Punkt der Zukunftsstrategie. Dazu sammeln wir derzeit Daten und freuen uns auf eine konstruktive Diskussion.

2. Grenzenlose Mobilität mit starken Linien und flexibler Bedienung

Wir brauchen attraktive Angebote, die Menschen auch nutzen wollen. Weg von selten fahrenden und langsamen Bussen hin zu schnellen, regelmäßigen Verbindungen unter optimaler Kombination der Verkehrsmittel.

Zug und Bus können sehr gut viele Menschen befördern. Züge fahren inzwischen fast alle im (Halb-) Stundentakt. Seitdem werden sie immer mehr genutzt. In ländlichen Regionen nutzen den Bus jedoch fast nur „MussfahrerInnen“, meist SchülerInnen. Hier steht die Angebotsoffensive noch aus.

Um attraktiv und günstig zu sein, müssen Busse auf dem Land schnelle Strecken fahren. Start- und Zielpunkte der Menschen, sprich die Haustüren, liegen aber selten direkt an der schnellen Strecke. Viele Menschen würden eine Anreise von bis zu 5 km zu einer solchen „starken Linie“ eher nutzen, als die selten bediente Dorfhaltestelle. (E-)Bikes, Pkw, Trimobile, oder auch (E-)Skateboards, MonoWheels und Scooter für individuell Anreisende, Taxen oder Kleinbusse nach Bedarf für eingeschränkt mobile Menschen – diese Möglichkeiten müssen genutzt oder geschaffen werden.

Netz25+ bildet mit starken Linien, möglichst im Halbstundentakt, das Grundgerüst, an das sich der „Kleinverkehr“ vor Ort flexibel einhängen kann.

3. Ab 2025 fahren alle Züge im Land mit EE-Strom

Die Energiewende ist ein Erfolg. Erneuerbare Energien eroberten geradezu im Sturm den Strommarkt. Schleswig-Holstein als Windland erreichte 2015 bereits 100 Prozent. Wir wollen erneuerbare Energie auch für die Sektoren Wärme und Verkehr.

E-Autos sind viel zu selten und die immerhin zwei Mio. elektrisch unterstützten Fahrräder brauchen – erfreulicherweise – fast keinen Strom. Vorbild für E-Mobilität ist der Schienenverkehr. 85 Prozent der Zugkraft sind bundesweit elektrisch.

Aber ausgerechnet in unserem windreichen Land verbrennen Dieselszüge im wahrsten Sinne des Wortes jedes Jahr Millionen von Euro. Nur 30 Prozent der Strecken im Land sind elektrifiziert. Wir wollen für große Züge Oberleitungen spannen und kleine Triebwagen mit Wasserstoffbrennstoffzelle ohne Oberleitung elektrisch betreiben.

Energieproduktion über Wasserstoff erhöht zwar die verbrauchte Strommenge, hat aber den großen Vorteil, dass er lange gespeichert werden kann. Diese Lastverschiebung braucht das Stromnetz und gleicht die volatile erneuerbare Energien-Erzeugung aus. Das macht es auch günstiger. Ersparnisse aus der Umstellung von Diesel auf Strom aus erneuerbaren Energien wollen wir in den Ausbau der Infrastruktur und der Angebote im ÖPNV investieren.

4. Jeder kann sich auf Augenhöhe in Pläne einbringen

Die Diskussion um die Windkraft zeigt, dass alle Projekte der Bevölkerung vermittelt werden müssen. Netz25+ schafft mit Beteiligung und Transparenz Akzeptanz für bessere Angebote bei Zug und Bus.

Wir Grüne sind immer offen für neue Entwicklungen. Entscheidungen müssen aber für alle nachvollziehbar auf gleicher Datenbasis fallen. Bisher schienen Fahrpläne oft vom Himmel zu fallen. Maßnahmen und deren Konsequenzen waren den Menschen vorher nicht klar und sind hinterher nur schwer vermittelbar.

Wir haben beim aktuellen Streit um die künftigen Fahrpläne der Strecke Kiel – Lübeck auf einen „Fahrplanwettbewerb“ hingewirkt. Dieser vergleicht diverse Fahrpläne und deren Nutzen für Mensch und Umwelt. Wichtig ist, dass das Verfahren und das Ergebnis öffentlich sind. Dadurch machten auch betroffene BürgerInnen mit. Inzwischen steht die vorher zerstrittene Region geschlossen hinter dem Vorschlag der Grünen Stadtvertretung Preetz, der am besten abschneidet.

Netz25+ erweitert diese transparente Beteiligung. Alle können Pläne beisteuern und gefahrene Fahrzeugkilometer und Energieverbräuche nachrechnen. Wer etwas fordert, sieht dann auch gleich, welche Auswirkungen das auf andere hat.



ARMUT IN DEUTSCHLAND — EIN SKANDAL

Von Marret Bohn

Deutschland ist ein reiches Land. Das gilt grundsätzlich auch für Schleswig-Holstein. Aber die Einkommen sind sehr ungleich verteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Die Armutsquote im Norden liegt bei fast 14 Prozent, mit deutlichen regionalen Unterschieden. Stark betroffen sind die ländlichen Regionen und die kreisfreien Städte, etwas weniger schlimm ist die Situation im Hamburger Rand.

Kinderarmut, Altersarmut, Armut von Alleinerziehenden - Armut hat viele Gesichter. Wer arm ist, hat weniger Möglichkeiten auf Teilhabe an Bildung und Gesundheit und stirbt früher. Deswegen steht für uns fest, dass die Vermeidung von Armut und ihre Bekämpfung wichtige gesellschaftliche Themen sind.



Schere zwischen Arm und Reich klafft auseinander

Grundsätzlich wird unsere Gesellschaft immer reicher. Der Zuwachs an Wohlstand verteilt sich aber nicht gleichmäßig. Reiche werden reicher, Arme bleiben arm, und die „Mitte der Gesellschaft“ fürchtet sich vor dem sozialen Abstieg. Warum ist die Armut in

Deutschland so hartnäckig? Was können wir dagegen tun – Politik, Verwaltung und jedeR Einzelne? Welche Wege führen Familien aus der Armut? Welche Lösungsvorschläge haben wir Grüne? Mit diesen Fragen setzen wir uns von der Grünen Landtagsfraktion im Rahmen einer eigenen Veranstaltungsreihe intensiv auseinander.

Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut

Den Auftakt haben wir am 14. April in Lübeck mit dem Thema Kinderarmut gesetzt. Gemeinsam mit ExpertInnen vom Kinderschutzbund, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter haben wir darüber diskutiert, wie Kinderarmut entsteht und wie wir sie bekämpfen können.

In Schleswig-Holstein wachsen nach Angaben des Kinderschutzbundes 120.000 Kinder in Armut auf. In einer Stadt wie Lübeck ist nahezu jedes dritte Kind betroffen. Hinter jeder Zahl steht ein Schicksal. Von der Chancengleichheit, die wir uns wünschen, sind wir noch weit entfernt. Große Unterstützung fand bei den ExpertInnen unser Grünes Konzept der Kindergrundsicherung. Auch eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht weit oben auf der Liste an erforderlichen Maßnahmen.

Weitere Veranstaltungen zum Thema Armut geplant

Für den Herbst stehen die Themen „Arm ohne Arbeit, arm trotz Arbeit“ und „Altersarmut“ auf unserer Agenda. Auch hierzu werden wir gemeinsam mit Betroffenen und ausgewiesenen ExpertInnen diskutieren. Die genauen Termine für diese Veranstaltungen geben wir rechtzeitig bekannt.

INTEGRATION: ZWEI-KLASSEN-GESELLSCHAFT

Von Eka von Kalben

Im vergangenen Jahr drehte sich noch alles um die Unterbringung und Versorgung der Neuankömmlinge. 2016 wird das „Jahr der Integration“ werden. Die grundlegendste Voraussetzung für erfolgreiche Integration ist das zügige Erlernen der Sprache. Deshalb hat die Landesregierung die Integrationspauschale von 30 Euro im Quartal auf einmalig 2.000 Euro erhöht. Es werden insges. 920 Lehrerstellen geschaffen und im Haushalt stehen insges. 10,79 Mio. Euro für Deutsch als Zweitsprache- (DaZ) Maßnahmen, Sprachförderung und Orientierungshilfen zur Verfügung.

Dramatische Situation in Afghanistan

Afghanistan ist neben Syrien und dem Irak eines der Herkunftsländer, aus dem in den letzten Jahren - wie auch aktuell - mit Abstand die meisten Asylsuchenden nach Deutschland und nach Schleswig-Holstein kommen. Laut einem internen Lagebericht des Auswärtigen Amtes hat sich die Lage dort in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die Opferzahlen waren in 2015 die höchsten seit Beginn der Dokumentation im Jahr 2009. Anschläge sind an der Tagesordnung. Von 34 Regionen hat der afghanische Flüchtlingsminister 31 als unsicher bezeichnet.

Trotz all dieser Fakten will Bundesinnenminister de Maizière dieses Land für ein Exempel in Sachen Geflüchtetenabschreckung nutzen. Nach seinem Besuch in Kabul Anfang Februar verkündete er, kurz nachdem während seines Mittagessens im Stadtzentrum ein Selbstmordanschlag mehr als 20 Menschen tötete, die Abschiebungen in vermeintliche sichere Regionen innerhalb des Landes nun drastisch vorantreiben zu wollen.

Schlechte Chancen auf Integration

Abgesehen davon, dass diese Asylsuchenden in ständiger Angst vor der Abschiebung leben müssen, haben sie derzeit auch schlechte Chancen auf Integration. Der Zugang zu Integrations Sprachkursen des Bundes ist an bestimmte Herkunftsländer geknüpft. Die Kurse des Landes stehen zwar grundsätzlich allen offen, jedoch sind Lehrkräfte und Plätze hier zahlenmäßig begrenzt.

Wir wollen nicht, dass nur Menschen mit guter Bleibeperspektive Integrationskurse belegen können.

Mit dem Zugang zum Arbeitsmarkt sieht es ebenfalls schlecht aus: In den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts gibt es grundsätzlich keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, ab dem 4. Monat erst nach individueller Vorrangprüfung der Bundesanstalt für Arbeit und erst ab dem 16. Monat ist der Zugang für alle möglich.

Keine Spaltung der Geflüchtetengruppen

All diese Integrationshürden sind absurd, weil bekanntermaßen der größte Teil der Menschen aus Afghanistan und den anderen genannten Staaten auch ohne Asylanererkennung langfristig in Deutschland bleiben wird, aufgrund wohlbegründeter rechtlicher, tatsächlicher beziehungsweise humanitärer Abschiebehindernisse.

Die Spaltung der Geflüchtetengruppen werden wir nicht hinnehmen. Der Bund muss Integrationsmöglichkeiten für alle Geflüchteten gleichermaßen öffnen. Alle Menschen müssen eine Chance auf Integration haben, unabhängig von ihrer Bleibeperspektive. Dafür setzen wir uns ein.

Impressum

grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Alter Markt 9 (Zugang Haßstr. 3-5), 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, E-Mail: info@sh-gruene.de, www.sh-gruene-partei.de
fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, E-Mail: fraktion@gruene.lsh.de, www.sh-gruene-fraktion.de
berlin-report: Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Dr. Valerie Wilms, Platz der Republik 1, 10111 Berlin. Redaktion grüne welle + fördewind: Isabel Sadewasser + Claudia Jacob (V.i.S.d.P.), Gestaltung grüne welle + fördewind: Bettina Aust. Redaktion und Gestaltung berlin report: Katharina Bartsch



berlinreport

Konstantin v. Notz

Klare Kante & konkrete Politik für unsere Demokratie

Rechte Ressentiments aus der Mitte der Gesellschaft

Escheburg bei Hamburg – eine kleine Vorortsiedlung mit gepflegten Eigenheimen zwischen viel Grün. Ein frisch renoviertes Holzhaus, rostrot gestrichen, das an ein dänisches Ferienhaus erinnert. Auf den ersten Blick ein friedlicher, wohlgesetzter Ort in Deutschland. Am Mittag des 9. Februar 2015 wirft ein Nachbar einen Brandsatz in dieses Haus. Bevor sich die Flammen durch den Holzboden fressen können, kommt die Feuerwehr. Einen Tag später hätten hier sechs Flüchtlinge einziehen sollen.

Der Nachbar, ein Familienvater und Finanzbeamter, war zuvor mit anderen Anwohnern wutentbrannt zur Gemeindeverwaltung gegangen. Lauter Männer aus einem anderen Kulturkreis könne man doch nicht zwischen Kindergarten und Grundschule einziehen lassen. Frauen, Kinder und auch der Wert der eigenen Immobilien wären gefährdet. Die erregte Anwohnerschaft sei „wie eine Wand gewesen“ – aus Wut, Angst, Abwehr und Aggression, so der Bürgermeister später.

Dieses schwere Hassverbrechen aus meinem Wahlkreis gehört zur tagtäglichen Serie von Übergriffen auf Unterkünfte, Geflüchtete und Willkommenshelfer. Es verdeutlicht vor allem eines: Um eine rechtsextreme Gewalttat zu begehen, muss man nicht in der NPD oder einer freien Kameradschaft sein oder einem geschlossenen nationalsozialistischen Weltbild anhängen. Immer mehr Täter waren keineswegs einschlägig verortet. Vielmehr reichten offensichtlich rassistische Angst- und Hassgefühle – gegen „die Anderen“ und „die da oben“. Und ein zumindest latent bestärkendes Umfeld, in dem eigentlich selbstverständliche ethische Grundregeln auf einmal nicht mehr zählen; von der Akzeptanz staatlichen Handelns in einer Demokratie und der Achtung der Menschenwürde ganz zu schweigen.

Wenn rechte Einstellungen so weit wie wirkmächtig bis in die Mitte unserer Gesellschaft verbreitet sind, wird erst verständlich, welche riskante Dynamik rechtspopulistische Parteien und Bewegungen wie AfD und Pegida entfachen. Sie geben den Ressentiments einen Bestätigungsraum und verstärken sie vielfach. Nach erfolgreichen Wahlen stehen ihnen heute die zuvor geschmähte parlamentarische Bühne und Fraktionsmittel offen. So können von Rechtsaußen aus zumindest taktisch disziplinierte Parteien (deswegen aber keineswegs gemäßigte) mehrheitsfähig werden, wie Marine Le Pen in Frankreich oder der jüngste FPÖ-Erfolg bei den österreichischen Präsidentenwahlen zeigen.

In Deutschland ist der Einzug der AfD in mehrere Landtage zu befürchten: Hier versammelt sich neben Demagogen wie Petry und Höcke ein obskures Politpersonal, das seine chronischen Querelen in aller Öffentlichkeit austrägt, sei es im Bund, in Schleswig-Holstein oder in den Kreisen wie bei mir im Herzogtum Lauenburg. Geschichtsklitternde Vorträge, antisemitische Karikaturen im Stürmer-Stil, stumpfste „Ausländer sind kriminell“-Kampagnen, wohin man nur schaut. Trotz dieses oftmals offen ans Tageslicht kommenden faschistoiden Gedankenguts steht die AfD in Umfragen gut da.

Ihre jüngsten Erfolge sind auch das Resultat einer

ausbleibenden, entschlossenen Abgrenzung durch die Große Koalition. Viel zu lang hat man Verständnis für „besorgte Bürger“, die längst von Rechtsextremen unterwandert waren, gezeigt und die harte demokratische Auseinandersetzung mit der AfD und ihrer Propaganda gescheut. Teile der GroKo haben dabei geholfen, rechtspopulistische Positionen wieder hoffähig zu machen. Gerade angesichts einer zunehmenden europäischen Vernetzung wird es in den nächsten Monaten an uns Grünen liegen, klarzumachen, dass die Alternative für Deutschland keine ist – zumindest nicht für Demokratinnen und Demokraten.

Der dreisten Demagogie, mit der unter anderem die ebenso absurde wie menschenverachtende Pseudo-Debatte um Grenzschieße auf Flüchtende provoziert wurde, müssen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegenstellen. Klar und engagiert, aber auch kühl und sachlich müssen wir das zynische Kalkül solcher Instrumentalisierungen entlarven und deutlich machen: Ob Krisen und Kriege, Flucht und Asyl, Euro und die EU, Digitalisierung und Globalisierung, auf keine dieser dringlichen Fragen haben Rechtspopulisten auch nur irgendeine wirkliche, durchtragende Antwort parat. Wir werden in Zukunft noch öfter und genauer erklären müssen, welche Herausforderungen und Probleme in unserer Gesellschaft vorhanden sind – und wo Sorgen und Ängste aufgebauscht und instrumentalisiert werden. Dabei ist immer wieder klarzumachen: Unser Grundgesetz gilt für alle und wir werden es entschlossen gegen die Feinde der Demokratie verteidigen.

Gerade jetzt müssen wir als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen. Die Krisen im Innern wie im Äußeren Europas können wir nur gemeinsam meistern. Eine weitere Abschottung, das Errichten neuer Zäune und Mauern, die Verweigerung von Solidarität mit Geflüchteten und allein nationalstaatlich verfolgte, vermeintlich einfache Lösungen und Alleingänge führen in die Sackgasse. Das gilt es in den nächsten Monaten klarzumachen und dieser Herausforderung werden wir uns als Grüne in Schleswig-Holstein gemeinsam stellen.

Euer Konstantin

Valerie Wilms

Ehrliche Politik geht anders

Mit großem Getöse hat Dobrindt den Bundesverkehrswegeplan erarbeiten lassen. Was daraus wird steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die Grundidee ist einleuchtend: Weil Verkehrswege viele Jahrzehnte genutzt werden sollen, müssen sie gut durchdacht und langfristig vorbereitet werden. Dazu gibt es ein langfristig angelegtes Planungsinstrument – den Bundesverkehrswegeplan. In der Vergangenheit war er nur ein Papier, das Erwartungen weckte, die nicht erfüllt werden konnten. Auch beim neuen Plan wird es kaum anders werden. Der Grund: Es steht wieder viel mehr drin als finanzierbar ist.

Ein Blick in den Norden

Für den Norden ergibt sich kaum etwas Neues: Die A 20 soll weiterhin mit einem Tunnel bei Glückstadt und quer durch Niedersachsen gebaut werden. Auch die Anbindung an die Fehmarnbeltquerung steht drin und der nur schwer zu rechtfertigende Ausbau des nur noch touristisch relevanten Elbe-Lübeck-Kanals. Auch der sechsstreifige Ausbau der A 23 zwischen Tornesch und Eidelstedt ist mehr als fragwürdig für die zwei morgendlichen Stunden mit stockendem Verkehr – hier würde eine vernünftige Verkehrslenkung genügen. Ein drittes Gleis zwischen Hamburg und Elmshorn zur Verbesserung des Zugangebots in der Hauptverkehrszeit dagegen fehlt.

Viel Arbeit für wenig Ertrag

Dobrindts Haus hat sich viel Arbeit gemacht: Es gab eine anspruchsvolle Grundkonzeption, kostspielige Berater wurden zu Rate gezogen, die meisten Projekte neu bewertet und ein dicker Umweltbericht verfasst. Erstmals durften Bürgerinnen

und Bürger ihre Meinung dazu sagen. Das Tragische: Die grundlegenden Probleme wurden nicht angepackt. Problematische Umweltauswirkungen werden durch andere Faktoren ausgehebelt und es fehlt an klaren Prioritäten. Zwar wurde die Kategorie „Vordringlicher Bedarf Engpassbeseitigung“ eingeführt – aber nirgendwo steht, dass diese Projekte auch zuerst umgesetzt werden müssen.

Problem der Finanzierbarkeit.

Bei der Finanzierbarkeit bleiben die meisten Fragen offen: So fehlt die Berücksichtigung von Kostensteigerungen und ein großer Teil der Schienenprojekte wurde nicht bewertet. Ein Witz ist der sogenannte „Weitere Bedarf“: Hunderte Projekte für fast 44 Milliarden Euro sind hier aufgeführt ohne sie bei der Gesamtfinanzierung zu berücksichtigen. Sie stehen überhaupt nur noch im Plan, damit die Todesnachricht für diese Projekte nicht überbracht werden muss. Ehrliche Politik ist etwas anderes.

Valerie Wilms



EUROPAS FLÜCHTLINGSPOLITISCHE VERANTWORTUNG ERNST NEHMEN!

Luise Amtsberg

Krieg, Gewalt und Verfolgung zwingen immer mehr Menschen ihre Heimat zu verlassen. Der anhaltende Krieg in Syrien verursacht Flucht zahlreicher Menschen, darunter immer mehr Kinder.

Dass legale Wege in die EU fehlen, führt dazu, dass Menschen mittels Schleuser den unsicheren Weg über das Meer nehmen müssen. Von den weltweit rund 60 Millionen Geflüchteten, haben ca. 1 Million in der EU Zuflucht gesucht.

Die hohe Zahl Schutzsuchender hat die Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen vor große Herausforderungen gestellt. Mit der Dublin Verordnung haben die restlichen Staaten, vor allem Deutschland, in den vergangenen Jahren die Verantwortung für die Aufnahme von Geflüchteten auf die Grenzstaaten abgewälzt. Dieses unsolidarische System ist gescheitert. Die Schließung der Balkanroute und der Rückzug vieler Mitgliedsstaaten auf nationale Lösungen ist auch Ergebnis der Versäumnisse der europäischen Regierungen, sich zügig auf eine faire und humane EU Asylpolitik zu verständigen. Der Anstieg der Zahl der Schutzsuchenden in der EU hätte mit Blick auf die vielen globalen Krisenherde früher erkannt werden müssen. Im ersten Schritt hin zu einer gerechteren Verteilung von Aufgaben innerhalb der EU hat die Europäische Kommission eine Umsiedlung von insgesamt 160.000 Menschen aus Griechenland und Italien auf andere EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Wir Grüne haben diesen notwendigen Schritt begrüßt, wissend, dass es langfristige Strukturen braucht, die das Dublin-System beerben. Wir brauchen ein einheitliches europäisches Asylsystem, eine Angleichung auf ein hohes Schutzniveau, menschenwürdige



Aufnahmebedingungen, faire Chancen auf Anerkennung und Integration überall in der EU. Von den 160.000 Schutzsuchenden sind nicht einmal 100 der 28.000, die Deutschland aufnehmen sollte, angekommen. Angesichts der prekären Lage auf den griechischen Inseln und in Idomeni ist das ein Armutszeugnis. Mit einer Delegation des Innenausschuss war ich vor kurzem erneut in Griechenland und Mazedonien. In Idomeni harren rund 19.000 Menschen eines Auswegs aus der Perspektivlosigkeit. Das schwach ausgebildete griechische Asylsystem ermöglicht keine dauerhafte menschenwürdige Aufnahme in Griechenland. Die Bundesregierung muss für ein gemeinsames Handeln in der EU werben. Besonders zynisch ist, dass sie die jüngst veröffentlichten rückläufigen Zahlen Asylsuchender als Erfolg verkauft. Bis vor kurzem erreichten die meisten Asylsuchenden die EU über den gefährlichen Seeweg zwischen der Türkei und den griechischen Inseln. Mit dem EU/Türkei Abkommen werden alle die Griechenland erreichen in die Türkei zurückgeschickt. Im Gegenzug nimmt die EU Flüchtlinge aus der Türkei auf. Das ist angesichts der Menschenrechtspolitik der Regierung Erdogans inakzeptabel und geht allein zu Lasten der Schutzsuchenden. Seit Dezember liegen Berichte von Amnesty International und Human Rights Watch vor, nach denen die Türkei Schutzsuchende nach Syrien abschiebt und damit gegen das Völkerrecht verstößt. Die Türkei hat die Genfer Flüchtlingskonvention nur mit geografischem Vorbehalt unterzeichnet – Menschen, die nicht aus Europa in die Türkei fliehen, werden somit wesentliche Rechte vorenthalten. Die Türkei ist Teil der Lösung, aber kein sicherer Drittstaat.

Luise

Aminata Touré neue Beisitzerin im Landesvorstand



Der Landesvorstand (LaVo) ist wieder komplett: Der Parteitag wählte am 24. April 2016 die 23-jährige Aminata Touré, Kreisverband (KV) Kiel, zur Beisitzerin. Aminata tritt mit klarem Profil an: Flüchtlings- und Antirassismus-Politik – kein neues Thema für Aminata, die bereits seit ein paar Jahren Sprecherin der GRÜNEN Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht ist. Zusätzlich wird sie sich im LaVo auch um ihren zweiten Schwerpunkt Genderpolitik kümmern.

Kürzlich schloss Aminata ihr Studium der Politikwissenschaft und Französischer Philologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ab und arbeitet seit letztem Jahr als Elternzeitvertretung bis Ende des Sommers im Bundestagsbüro der GRÜNEN Abgeordneten und Sprecherin für Flüchtlingspolitik, Luise Amtsberg.

Der Beisitzerin-Platz wurde nachgewählt, da Uta Röpcke aus beruflichen und persönlichen Gründen zum vergangenen Jahreswechsel ihr Amt im Landesvorstand niederlegen musste. Vor Start in den Tagesordnungspunkt Nachwahl dieser Position dankte der Parteitag Uta herzlich für ihre LaVo-Zeit.

Der Landesvorstand besteht nun aus den Vorsitzenden Ruth Kastner (KV Stormarn), Arfst Wagner (KV Schleswig-Flensburg), dem Schatzmeister Markus Stiegler (KV Kiel) und den Beisitzerinnen Resy de Ruijsscher (KV Pinneberg) und Aminata Touré (KV Kiel). Mail: aminata.toure@sh-gruene.de

twitter: @aminajxx, facebook: Amina Ta

Der komplette Landesvorstand von links nach rechts: Arfst Wagner, Aminata Touré, Ruth Kastner, Markus Stiegler, Resy de Ruijsscher

